

GSP-05 Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 23.06.2020
Thema: Grundsatzprogramm

Text

1 Sozial-ökologische Marktwirtschaft

- 2 (90) Kern der sozial-ökologischen Marktwirtschaft ist, Wohlstand im Sinne von
3 Klimaneutralität, Nachhaltigkeit, Vorsorge und Gerechtigkeit neu zu bestimmen.
- 4 (91) Wir streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem an, das im Sinne einer sozial-
5 ökologischen Marktwirtschaft Wachstum, Effizienz, Wettbewerb und Innovation als Mittel zur
6 Erreichung von mehr Lebensqualität für alle im Rahmen der planetaren Grenzen nutzt.
- 7 (92) Den Weg zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft bereitet ein europäischer Green Deal.
8 Er schafft den neuen Ordnungsrahmen für faires, ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften,
9 indem er auf ein Bündnis aus Arbeit und Umwelt baut. Er investiert mutig in die Zukunft. Er
10 setzt neue Kräfte für Kreativität und Innovationen frei. Er sorgt für sozialen Ausgleich und
11 stärkt Geschlechtergerechtigkeit.
- 12 (93) Freies und kreatives Handeln von Menschen sowie die Dynamik eines fairen Wettbewerbs
13 und gesellschaftlicher Kooperation können nachhaltigen Wohlstand, Fortschritt und innovative
14 Problemlösungen schaffen.
- 15 (94) Märkte können ein mächtiges Instrument für ökonomische Effizienz, Innovation und
16 technologischen Fortschritt sein. Ihre Dynamik und Schaffenskraft sind unverzichtbar, um die
17 großen Herausforderungen der ökologischen Krisen zu bewältigen. Unregulierte Märkte aber
18 sind zukunftsblind, krisenanfällig und instabil. Erst klare Regeln stellen sicher, dass
19 Märkte und Wettbewerb funktionieren und im gesellschaftlichen Interesse wirken.
- 20 (95) Es gilt das Primat der Politik, auch gegenüber Wirtschaft und Kapital. Wir wollen es
21 neu begründen. Dafür braucht es einen starken, effizienten und handlungsfähigen Staat und
22 klare Leitplanken aus Steuer-, Abgaben- und Ordnungsrecht sowie intelligenter öffentlicher
23 Forschungs- und Förderpolitik. Im Wettbewerb soll erfolgreich sein, wer übergeordnete
24 gesellschaftliche Ziele nicht konterkariert, sondern befördert.
- 25 (96) Nur wenn Preise die ökologische Wahrheit sagen, geht der Wettbewerb der Märkte nicht
26 zulasten der natürlichen Lebensgrundlagen. Klimafreundliche Alternativen können sich dann
27 durchsetzen.
- 28 (97) Zukunftsfähige Wirtschaftspolitik orientiert sich an einem Wohlstandsmaß und einer
29 neuen Form der Wirtschaftsberichterstattung. Sie berücksichtigen neben ökonomischen auch
30 ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen sowie Sorgearbeit, die zum größten
31 Teil von Frauen – unbezahlt – geleistet wird. Wohlstand ist mehr als Konsum, nämlich auch
32 Freizeit, Bildung, Familie, Gemeinschaft und Gesundheit.
- 33 (98) Wir wollen den Weg ebnen für soziales Unternehmertum, eine Wirtschaft des Teilens, frei
34 zugängliches Wissen und Gemeingüter. So wird die Gemeinwohlökonomie gestärkt.

35 (99) Zukunftsfähiges Wirtschaften braucht Planungssicherheit. Staatliche Wirtschafts-,
36 Investitions- und Infrastrukturpolitik muss langfristig und verlässlich stattfinden. Um
37 erfolgreich zu wirtschaften, brauchen Unternehmen eine moderne und intakte Infrastruktur,
38 gut ausgebildete Fachkräfte, gute Finanzierungsbedingungen, eine funktionierende öffentliche
39 Verwaltung sowie soziale Stabilität und Rechtssicherheit. Dazu zählen auch schnellere
40 Planungsverfahren durch frühzeitige Verfahrensbeteiligung sowie Behörden mit ausreichendem
41 Personal und einer vollständig elektronischen Abwicklung von Anträgen.

42 (100) Infrastrukturen sind eine öffentliche Aufgabe. Öffentliche Güter und Institutionen
43 müssen für alle zugänglich sein. Grundinfrastrukturen der Sicherheit, des Rechts, der
44 Verkehrsinfrastruktur und der Verwaltung gehören in öffentliche Hand. Güter und
45 Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, die kommunale Daseinsvorsorge und die kommunale
46 Selbstverwaltung müssen in öffentliche Hand und von Marktmechanismen und Wettbewerb
47 ausgenommen bleiben.

48 **Wirtschafts- und Industriepolitik**

49 (101) Wettbewerb unter gleichen Bedingungen ist die Voraussetzung dafür, dass Märkte
50 effizient funktionieren und Wohlstand und Fortschritt hervorbringen können. Es ist Aufgabe
51 von Politik, Machtstellungen und Monopole zu verhindern und aufzubrechen.

52 (102) Dumping, Protektionismus und mangelnde Regulierung führen zu unfairem Wettbewerb.
53 Darunter leiden viele europäische Unternehmen. Der Erwerb von Unternehmensbeteiligungen,
54 Direktinvestitionen, Marktzutritte und auch die Vergabe öffentlicher Aufträge durch und an
55 Dritte sollen auf der Basis von Standards und Gegenseitigkeit erfolgen. Außereuropäische
56 Übernahmen müssen dann, wenn nötig, auch untersagt werden. Kritische Infrastruktur und
57 Schlüsselindustrien gilt es zu schützen.

58 (103) Regulierung ist auf ihre Ziele auszurichten. Sie sollte Individuen und Unternehmen
59 möglichst viel Freiheit in Bezug auf die gewählten Mittel überlassen. Es ist laufend zu
60 überprüfen, ob es bestimmter Vorschriften noch bedarf. Auch ungeeignete politische Regeln
61 schränken Wettbewerb ein und hemmen wirtschaftliche Entwicklung. Regulierungen müssen so
62 ausgestaltet sein, dass sie nicht als Barriere für Gründungen wirken und zum
63 Wettbewerbsnachteil für kleine Unternehmen und das Handwerk werden. Sie sollen stattdessen
64 bewirken, dass Machtunterschiede möglichst ausgeglichen werden.

65 (104) Digitale Plattformen sind Teil der Infrastruktur. Das Teilen, Tauschen und Vermitteln
66 von Gütern, Dienstleistungen und Informationen auf digitalen Plattformen kann die Teilhabe
67 der Menschen stärken. Diese Plattformen sollen klar und streng reguliert werden, damit sie
68 ihre Machtstellung nicht ausnutzen können, faire Wettbewerbs- und Arbeitsbedingungen
69 herrschen sowie Innovation im Sinne des Gemeinwohls stattfindet. In Europa braucht es
70 öffentlich-rechtliche Alternativen zu den bisherigen privaten Monopolen.

71 (105) Wirtschaftspolitisch muss der Staat mehr tun, als nur einen Rahmen zu setzen.
72 Deutschland kann nur in der ökologischen Moderne seine internationale Position als globaler
73 Industriestandort wahren, mit neuen Produkten und guten Arbeitsplätzen. Dazu braucht es eine
74 aktive Industriepolitik, die neuen Technologien zum Durchbruch verhilft, gerade da, wo der
75 Markt das Risiko scheut. Sie muss außerdem Wettbewerbsnachteile ausgleichen, in Forschung
76 investieren und Arbeitsplätze sichern.

77 (106) Unternehmer*innen dürfen nicht gezwungen werden, sich zwischen einem wirtschaftlich
78 erfolgreichen Weg oder einer sozialen und ökologischen Ausrichtung des Unternehmens zu
79 entscheiden. Wirtschaftliche Aktivität muss sich an langfristigen Zielen und
80 gesamtgesellschaftlichem Wohlstand ausrichten. Die Finanzberichterstattung soll mit
81 Langfristzielen ergänzt werden sowie mit Indikatoren, welche die sozialen, ökologischen und
82 gesellschaftlichen Auswirkungen messen.

83 (107) Schlüsselprojekt einer sozial-ökologischen Industriepolitik ist die vollständige
84 Dekarbonisierung der Produktionsprozesse in Europa. Automobilindustrie, Chemie und
85 Maschinenbau waren die Säulen des Erfolges der deutschen Wirtschaft in den vergangenen
86 Jahrzehnten, aber diese Branchen müssen sich neu erfinden, um den Herausforderungen des 21.
87 Jahrhunderts gerecht zu werden. Dabei kann die deutsche Industrie auf das bauen, was sie –
88 ganz besonders den Mittelstand – stark gemacht hat: ihre Ingenieurskunst, ihre Kreativität,
89 die Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften sowie ihre europäische und globale
90 Orientierung.

91 (108) Als einer der größten Wirtschaftsräume der Welt kann die Europäische Union mit dem
92 gemeinsamen Binnenmarkt weltweit Standards setzen. Das gilt es zu nutzen, um die
93 Transformation voranzubringen, Menschenrechte zu schützen, wettbewerbsfähig zu bleiben, sich
94 weniger abhängig von anderen globalen Playern zu machen und zugleich in der noch
95 weitestgehend unregulierten digitalen Welt Bürgerrechte zu sichern.

96 (109) Die Grundstoffindustrie wird auch künftig ein zentraler Baustein bleiben. In einem
97 gemeinsamen Zusammenspiel von ökologischer und technologischer Innovation, Digitalisierung,
98 branchenübergreifender Kooperation und planungssicherer politischer Rahmensetzung sind die
99 Grundlagen dafür zu legen, dass Stahl, Aluminium, Glas, Papier oder Chemikalien weiter in
100 Europa produziert werden. Die dafür nötigen Transformationsschritte müssen
101 wettbewerbsrechtlich ausgeglichen werden.

102 (110) Statt einer Abhängigkeit Europas im Bereich technischer Entwicklungen und Erfindungen
103 brauchen wir ausreichend eigene Produktionskapazitäten für systemrelevante Produkte wie
104 medizinische Präparate oder Techniken der kritischen Infrastruktur. Die Regionalisierung in
105 kritischen Bereichen und eine globale Kooperation gehören zusammen. Der Markt allein kann
106 das nicht richten.

107 (111) Das freie Unternehmertum, die Gründer*innen in Start-ups sind die Treiber*innen für
108 Innovation. Grundlage für Neugründungen und Fortschritt sind Wagniskapital und Investitionen
109 in Forschung. Wirtschaftspolitik begünstigt, fördert und vernetzt neue Ideen und kleine
110 Unternehmen sowie Start-ups europaweit. Sie unterstützt bei der Finanzierung, beim Transfer
111 von Grundlagenforschung in die Praxis und sorgt für attraktive Rahmenbedingungen, um die
112 besten Forscher*innen, Gründer*innen und Fachkräfte anzuziehen.

113 **Eigentum und Gemeinwohl**

114 (112) Ohne Recht auf Eigentum sind eine freiheitliche Gesellschaft und eine sozial-
115 ökologische Marktwirtschaft unvorstellbar. Gleichzeitig verpflichtet es gesellschaftlich,
116 weil eine zu starke Konzentration von Eigentum in den Händen Weniger Demokratie und
117 Marktwirtschaft bedroht.

118 (113) Das Privateigentum von Boden und Immobilien unterliegt einer besonderen
119 Sozialpflichtigkeit. Deshalb sollten Renditen in diesem Bereich begrenzt sein sowie Grund
120 und Boden, insbesondere in den Großstädten, wieder verstärkt in öffentliches Eigentum
121 überführt werden.

122 (114) Es braucht neue Formen von gemeinwohlorientiertem Eigentum und eine stärkere
123 Gemeinwohlbindung. Genossenschaften und soziale Unternehmen können unsere Wirtschaft zu
124 einer Gemeinwohlokonomie weiterentwickeln.

125 (115) Die Weitergabe von bestehendem Wissen ist über Open Source praktisch ohne Kosten
126 möglich. Der Zugang zu Wissen für alle Menschen erhöht Wohlstand und Gerechtigkeit.
127 Geistiges Eigentum soll daher auf das Maß begrenzt werden, das erforderlich ist, um
128 ökonomische Anreize zur Wissensgenerierung zu erhalten. So viel Wissen wie möglich soll
129 Menschheitswissen werden.

Finanzmärkte und Banken

(116) Banken und Finanzmärkte haben die Aufgabe, realwirtschaftliche Investitionen zu finanzieren und Sparer*innen attraktive Anlagemöglichkeiten zu bieten. Durch die Deregulierung der Märkte geriet jedoch die Spekulation mit unproduktiven Finanzprodukten zum Hauptzweck. Spekulationen müssen eingedämmt werden und wir müssen zurück zum sogenannten „boring banking“, bei dem die langfristige Finanzierung im Vordergrund steht und nicht kurzfristige Spekulation.

(117) Gute Banken sind Grundpfeiler moderner Volkswirtschaften. Werden sie zu groß, werden sie zur Gefahr. Deshalb sollte keine Bank so groß sein, dass sie eine ganze Volkswirtschaft in den Abgrund reißen kann. Eine Abwicklung muss ohne Rückgriff auf Steuermittel jederzeit möglich sein. Außerdem brauchen Banken eine gute Eigenkapitalausstattung und wirksame Haftungsregeln.

(118) Deutschlands bestehendes Drei-Säulen-Bankwesen mit seinen vielen kleinen, lokalen Banken hat sich bewährt. Der Finanzmarkt braucht einfache, glasklare Regeln ohne Lücken, die für alle gelten – egal ob Banken, Hedgefonds oder FinTechs. Kleine Banken, von denen keine Gefahr für das Finanzsystem ausgeht, müssen nicht so umfassend reguliert und überwacht werden wie systemrelevante Großbanken.

(119) Finanzmärkte haben eine wichtige Funktion für den Klimaschutz, wenn Anlagegelder in den ökologischen Umbau gelenkt werden und nicht mehr in die alte, fossile Wirtschaft fließen. Die öffentliche Hand muss vorangehen und sich vollständig aus Investitionen in fossile Unternehmen zurückziehen. Für private Anleger muss zu jeder Zeit transparent sein, worin investiert wird. Es gilt, die Finanzierung von Investitionen in Klimaschutz und Nachhaltigkeit günstiger zu machen als die Bereitstellung von Kapital für andere Zwecke.

Geld- und Fiskalpolitik

(120) Aufgabe der Geldpolitik von Zentralbanken sowie der Fiskalpolitik ist es, ökonomischen Krisen entgegenzuwirken. Denn sie vernichten Arbeitsplätze und Existenzen und können Gesellschaften ins Chaos stürzen.

(121) Die Zentralbanken allein stoßen an Grenzen, wenn es um die Stabilisierung der Wirtschaft in Krisenzeiten geht. Insbesondere die Haushaltspolitik muss einen Beitrag leisten, das Auf und Ab der Konjunktur auszugleichen und tiefe wirtschaftliche Krisen zu verhindern. Deshalb gilt es, stets die Auswirkung von Staatsausgaben auf die Gesamtwirtschaft zu berücksichtigen. Es ist sinnvoll, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene die Spielräume zur Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben zu nutzen und auszubauen, um Wirtschaftskrisen und deren soziale Folgen zu vermeiden. Langfristige Schuldentragfähigkeit ist dabei stets zu gewährleisten und gerade mit Blick auf die Handlungsspielräume künftiger Generationen gesetzlich zu verankern.

(122) Unsere gemeinsame europäische Währung trägt zu einem starken gemeinsamen Europa bei. Die Währungsunion ist allerdings ein unvollendetes Projekt geblieben. So verschärfen sich wirtschaftliche Unterschiede und Ungleichgewichte bei Wettbewerbsfähigkeit und Handel, ohne dass es dagegen europäische Instrumente gibt. Daher gilt es, die europäische Währungsunion zu vollenden und die dafür notwendigen Vertragsveränderungen auf den Weg zu bringen.

(123) Die EU braucht eine eigene Zuständigkeit für die Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Sie braucht einen Haushalt, der groß genug ist, um makroökonomisch zu stabilisieren und in schweren Krisen Zuschüsse für die nationalen Haushalte leisten zu können. Dieser Haushalt muss über eigene Steuereinnahmen verfügen. Um langfristige Investitionen zu finanzieren und schwere Konjunkturreinbrüche abzuwehren und zu bekämpfen, muss sich dieser Haushalt auch über Kredite finanzieren können. Um den Euro zu stärken, müssen Staatsanleihen der Europäischen

177 Union und ihrer Mitgliedstaaten eine absolut sichere Geldanlage darstellen. Ein
178 Zahlungsausfall muss in jedem Fall ausgeschlossen sein.

179 (124) Die Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank ist ein hohes Gut. Sie gilt es zu
180 bewahren. Krisen haben jedoch gezeigt, dass eine alleinige Ausrichtung auf das Ziel der
181 Preisniveaustabilität ein zu enges Mandat für die Geldpolitik ist. Daher sollte die EZB, wie
182 andere Zentralbanken auch, gleichberechtigt auch das Ziel der Wohlstandsmehrung und eines
183 hohen Beschäftigungsstands verfolgen. Solange die Unabhängigkeit der Zentralbank gesichert
184 ist, sollte es zulässig sein, dass die Notenbank in schweren Krisen die Liquidität der
185 Staaten garantiert.

186 (125) Auf europäischer Ebene ist eine stärkere Harmonisierung und Vergemeinschaftung von
187 wettbewerbssensiblen Steuern notwendig, wie etwa der Besteuerung von Unternehmensgewinnen.
188 Lohn- und Tarifpolitik sollten schrittweise stärker aufeinander abgestimmt werden. Im Fall
189 von hohen und dauerhaften Handelsungleichgewichten innerhalb der Währungsunion müssen die
190 Empfehlungen der Europäischen Kommission eine stärkere Verbindlichkeit haben, etwa den
191 Defizit- wie auch den Überschussländern symmetrische Verpflichtungen zum Abbau aufzuerlegen.

192 **Haushalts- und Steuerpolitik**

193 (126) Haushaltsmittel gehören allen Bürger*innen. Mit ihnen ist stets sorgsam umzugehen und
194 es ist zu überprüfen, ob die angestrebten gesellschaftlichen Ziele auf effizientem Weg
195 erreicht werden. Die öffentlichen Haushalte sollten in einer Demokratie klar, transparent
196 und nachvollziehbar sein. Gender Budgeting ist für einen gerechten Haushalt unerlässlich.

197 (127) Wir stehen zu langfristig nachhaltigen Staatsfinanzen und zu gesetzlichen Regeln für
198 die Begrenzung der Kreditaufnahme. Dabei gilt es, nicht nur die Verbindlichkeiten zu
199 betrachten, sondern auch das Vermögen der öffentlichen Hand zu erhalten und auszubauen.
200 Investitionen in Infrastruktur und Nachhaltigkeit sichern die Handlungsspielräume künftiger
201 Generationen. In diesem Sinne ist der Anteil der öffentlichen Investitionen an der
202 Wirtschaftsleistung auszubauen. Für den Ausbau des öffentlichen Vermögens und die
203 langfristige Sicherung unseres Wohlstands kann eine Kreditfinanzierung sinnvoll und
204 pragmatisch geboten sein, insbesondere wenn sie eine gute Rendite verspricht.

205 (128) Infrastruktur ist öffentliche Aufgabe. Öffentlich-Private Partnerschaften kommen nur
206 dann in Betracht, wenn sich durch sie ein Mehrwert bzw. geringere Kosten für die
207 Steuerzahler*innen ergeben.

208 (129) Unser Steuersystem stellt die Finanzierung öffentlicher Aufgaben sicher. Es braucht
209 ein gerechtes Steuersystem, das verständlich und effizient ist. Das ist Grundlage für
210 Akzeptanz und reduziert soziale Ungleichheit.

211 (130) Ein Steuersystem, das wirtschaftliche Dynamik schaffen will, begünstigt neue
212 Aktivitäten und Investitionen und besteuert Vermögen sowie leistungslose Einkommen. Das
213 Aufkommen der Steuern aus Kapital- und Gewinneinkommen und aus großen Vermögen muss wieder
214 erhöht werden.

215 (131) Steuern lenken. Steuersysteme sollen gesellschaftliche Ziele abbilden. Nicht am
216 Gemeinwohl orientierte und ökologisch schädliche Tätigkeiten und Produkte sollen stärker
217 besteuert und damit verteuert werden. Im Gegenzug werden der ökologische Umbau und soziales
218 Engagement begünstigt.

219 (132) Steuerdumping schadet Volkswirtschaften. Unternehmensgewinne und digitale Umsätze
220 müssen stärker am Ort des Konsums besteuert und eine gemeinsame europäische
221 Bemessungsgrundlage muss eingeführt werden.

222 (133) Alle sollen sich nach ihrer Leistungsfähigkeit am Gemeinwohl beteiligen. Dafür braucht
223 es Transparenz über wirtschaftliche Verhältnisse und eine Verwaltung, die in der Lage ist,

²²⁴ das Recht durchzusetzen. Steuerhinterziehung und -umgehung, Schwarzarbeit, Geldwäsche und
²²⁵ Sozialbetrug sind mit allen Mitteln zu bekämpfen.